

Bundesarbeitsgemeinschaft  
Kritischer  
Polizistinnen und Polizisten  
(Hamburger Signal) e.V.



c/o Thomas Wüppesahl • Kronsberg 31 • 21502 Geesthacht-Krömmel

- **Bundessprecher** -

Thomas Wüppesahl  
Kronsberg 31  
D - 21502 Geesthacht-Krömmel  
Tel.: 04152 – 885 666  
Fax: 04152 - 879 669

Montag, 8. November 2010

## P R E S S E M I T T E I L U N G

Zu den seit Samstag begonnenden Staatsschauspielen – Große Bühne, reichlich Komparsen in Uniform wie auch unter Demonstrierenden – mit neuerlich Dutzenden von Grenzüberschreitungen (= Rechtswidrigkeiten) durch eingesetzte PolizeibeamtInnen in der Republik Freies Wendland, erklären wir **Kritische PolizeibeamtInnen folgendes:**

**„Auch bei den CASTOREN gilt für die Polizei:  
Aufstandsbekämpfung anstelle von Versammlungsschutz“**  
**- Oder: „Stuttgart 21“ ist längst überall -**  
**- Nur wollen die allerwenigsten es wahrhaben -**

Auch das erscheint unwirklich, ist aber inzwischen „Normalität“:

- PolizeibeamtInnen halten sich nicht an die Absprachen beim Räumverhalten der Gleisblockade von heute nacht, 01:00 Uhr bis 06:00 Uhr.
- PolizeibeamtInnen nötigen möglichst erst außerhalb der Wahrnehmungsfelder von JournalistInnen und FotografInnen, PastorInnen und AbgeordnetInnen, selbst zu gehen und sich nicht Wegtragen zu lassen.
- PolizeibeamtInnen wenden dabei „Motivationstechniken“, wie Fallenlassen, andere schmerzhaft Techniken an: Armhebelgriffe mit gezielter Schmerzauslösung (gelernt ist gelernt), mit der behandschuhten Hand wie „blöd“ ins Gesicht platschend Grabschen usw. usf.
- PolizeibeamtInnen hoben wegzutragende BlockiererInnen an und ließen sie wieder fallen, auf die Schienenstränge, auf den Gleisschotter.
- Auf der Internetplattform youtube.com ist ein Video eingestellt worden, das einen Polizisten zeigt, der einen am Boden liegenden Demonstranten **mehrfach ins Gesicht schlägt** ([http://www.youtube.com/watch?v=1jhCVH2rtXQ&t=142&has\\_verified=1](http://www.youtube.com/watch?v=1jhCVH2rtXQ&t=142&has_verified=1)), weil er den Schienenstrang nicht loslassen will.
- Oder diese absurde Nummer, Gasgranaten flächendeckend in den Wald zu schießen (gestern, Sonntag Vormittag, 7. November 2010), nachdem Schotterer/Blockierer zurück“geschlagen“ worden sind.

Dieses Bild wird bedauerlicherweise nicht dadurch entscheidend verbessert, dass es auch viele Situationen gegeben hat, bei denen eine lockere Atmosphäre zwischen BlockiererInnen

und PolizeibeamtInnen geherrscht hat, das auch gescherzt wurde. Und, wie bei „Stuttgart 21“: Wo bleiben die Strafanzeigen gegen Polizeivollzugsbeamte? Wo bleiben Remonstrationen? Diese Kritik wird auch nicht dadurch entscheidend geschwächt, dass es ausgesprochen erfreuliche Verhaltensweisen von PolizeibeamtInnen bei diesem schwierigen Einsatzgeschäft gab.

Vielmehr werden die vielen Übergriffe letztlich auch von der Polizeiführung selbst begangen:

1. Die Gefangenensammelstelle (GeSa) auf freiem Feld bei Minusgraden, ungenehmigt durch richterliche Entscheidung vor Durchführen des Einsatzes (u.a. um solche menschenunwürdigen Verhältnisse wie bei Minusgraden zu verhindern), stellt nichts anderes als Freiheitsberaubung in mehreren hundert Fällen dar. Daran ändert auch nichts die Tatsache, dass die Blockade zuvor bei ähnlichen Temperaturen stattfand.

Zum einen verlängern die bereits aufgrund der Rahmenbedingungen rechtswidrigen Ingewahrsamnahmen (nochmals: = Freiheitsberaubungen) den Zustand gegen den Willen der betroffenen BürgerInnen und zum anderen wird dieser Wahnsinn auch durch bundesdeutsche Polizeien vorgenommen. Wer sich gegen seinen Willen in der „Obhut“ des Staates befindet löst automatisch besondere Fürsorgepflichten aus. Jedenfalls ist so eine Nummer genau so abartig wie der flächendeckende Gasgranateneinsatz tags zuvor. Das lernt auch jede Polizeibeamtin. Theoretisch.

2. Die Tatsache, dass Greenpeace über 2,5 Stunden daran gehindert worden ist, in ein Haus zu gehen, das unmittelbar an den Gleisen steht, auf denen der CASTOR-Transport mit seiner Todesfracht geparkt wurde, ist genau so asozial wie vertuschen von Beweismitteln bzw. -erhebungen. Polizei soll Gefahren abwehren. Das ist ihre angeblich vornehmste Aufgabe. Greenpeace wollte – auch noch nach Bitten der HausbewohnerInnen – die Strahlung messen, die die Castoren emittieren. Polizei (!!!) sperrte den Zugang zum Haus ab. Es kam sogar zu Rangeleien.

Man muss also feststellen, was wir bereits in unserer Pressemitteilung vom Samstag ausführten, dass:

„Die häufig mit mehreren Jahren an Verspätung festgestellten Rechtswidrigkeiten der Verwaltungsgerichte zu Festnahmen, Ingewahrsamnahmen, Platzverweisen, Polizeikesseln und vielem mehr interessieren die verantwortlichen PolitikerInnen und die PolizeibeamtInnen nur für's Sonntagspathos.“

Es nutzt auch nichts, wenn man aus staatstheoretischer Überzeugung vor sich herträgt, dass „die“ Polizei nicht der Gegner der AtomgegnerInnen sei. „Die“ Polizei macht sich selbst in hohem Maße und in weiten Teilen der BeamtInnen zum erklärten Gegner der Protestierenden. Unterstützt wird dies auch noch durch ein rechtsfernes Selbstverständnis in Polizei und Politik; wofür die o.a. beiden Ziffern nur beispielhaft stehen. Es gibt ein klares Feindbild.

Hinzu kommt, dass sich die Bundesparlamente (Bundestag wie Bundesrat) selbst zu Deppen herabsetzen, wenn sie – wie gerade geschehen – die Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke vollkommen unangemessen für die üblichen Gepflogenheiten der „hohen Häuser“ akklamieren und durchpeitschen bzw. sich selbst wie im Falle des Bundesrats die klar zu tage liegende Zuständigkeit komplett (!) absprechen.

Angesichts solcher polit-kultureller Verrohungen in der sog. politischen Klasse inkriminiert mittlerweile selbst der Bundestagspräsident, Herr Norbert Lammert, dass der Bundestag – die Einzelabgeordneten – seinen Kontrollpflichten nicht mehr nachkommt. Das ist im übrigen seit mindestens zwei Jahrzehnten immer wieder in Grundsatzfragen für unser Land der Fall; auch unter Rot-Grün.

**Und** bei den Führungskräften in den Polizeien (siehe „Stuttgart 21“ oder jetzt den aktuellen CASTOR-Transport usw.), die sich in obstinater Weise und vollkommen offen – aber durch die politische Klasse gedeckt und verteidigt – nicht an Recht und Gesetz halten, ist die Diskussion um das Schottern von Gleisen in aller Öffentlichkeit – was formal zweifelsfrei Straftatbestände erfüllt – nachgerade lächerlich. Extrem lächerlich! Denn Regierungen (man denke nur an den Albtraum der illegitimen Landesregierung in Kiel) oder den seriellen als verfassungswidrig gebrandmarkten „Sicherheits“gesetzen von Bundesinnenministern von der Sorte eines Wolfgang Schäuble usw. scheren sich längst einen Deibel um Substanzbestandteile unserer verfassungsmäßigen Ordnung.

Was wäre zu tun? – Ganz einfach: Die Polizeileitungen (der Begriff „Polizeiführer“ und Artverwandtes gehört aus historischen wie mentalen Gründen dringendst aus dem Sprachrepertoire der Polizeien entfernt, zumal jetzt auch noch die Polizeireporter diese gefährliche Entgleisung schreiben) müssen in bestimmten Situationen der Politik mitteilen: „Geht nicht.“, weil Gesetz und/oder Recht dagegen stehen was die Politik mit ihren Polizeien gerade durchsetzen will.

In der Politik hat es ja auch schon mal so altmodisch konservative Landesväter wie den damaligen Ministerpräsidenten Niedersachsens, Ernst Albrecht (CDU), gegeben, der in Bezug auf Gorleben sagte: „Ist politisch nicht durchsetzbar.“ - So war es. - So ist es.

Im übrigen war auch die Beerdigung des Beschlusses, in Wackersdorf (Bayern) keine Wiederaufbereitungsanlage zu bauen, nichts anderes. Allerdings auch erst durch staatsbürgerliche Nachhilfe durch Widerstand am geplanten Baustandort.

Das geschah unter einer CSU-Landesregierung und als ein Herr Zimmermann (CSU) Bundesinnenminister war. Aber – wie gesagt - ´n bisschen altmodisch für das heutige Politik- und Polizeipersonal...

Um platten Vorhalten den Wind aus den Segeln zu nehmen: Auch dieser Tage nehmen Mitglieder von unserer kleinen BAG dienstlich wie auch als DemonstrantInnen an der von diesem Staat zu verantwortenden „Großen Bühne“ im Wendland teil. Auch ich war selbst Samstag und Sonntag vor Ort. Wir haben zwar derzeit nicht wie 2001 bis 2004 ein Vorstandsmitglied in den begleitenden Personenwagen der CASTOREN, aber wir haben aus erster Hand die interne Stimmung der PolizeibeamtInnen bzw. die Betrachtung von Übergriffshandlungen.

Viel interessanter bei dieser Betrachtung ist die Tatsache, das unsere großen Berufsverbände wieder mal nicht aus der Deckung kommen. Sie haben ein weit breiteres Informationsaufkommen über die Situationen an verschiedenen Stellen in der Republik Freies Wendland, auch über die katastrophale Stimmung und Grundeinstellung in weiten Bereichen der eingesetzten Polizeien als wir Kritische. GdP, DPoIG und BDK wissen auch viel mehr noch zu Übergriffshandlungen als wir bzw. durch JournalistInnen verbürgt.

Unsere Warnungen über die Entwicklung in den Polizeien immer mehr hin zu Polizeitruppen und weg von einer zivilgesellschaftlichen Polizei – die Bundespolizei, der ehemalige BGS, spielte immer eine Sonderrolle -, die sich als mehr oder minder bedingungsfreie Exekutierer

der jeweiligen MachthaberInnen im Bund und Ländern verstehen, dem Abbau von Ausbildungsstandards, dem Verlust von zivilgesellschaftlicher Handlungsbreite und weiteren Kompetenzen haben wir wiederholt dokumentiert und kommuniziert. Warum kommt auch dazu eigentlich nichts von den Funktionären aus GdP, DPoIG und BDK?

Gerade auch mit dieser hinter uns liegenden Nacht ist neuerlich dokumentiert:

Hier werden pure Industrieinteressen auf der Basis von Lügen, pseudo-wissenschaftlicher Schein-Seriösität - wie bereits bei Asse (dort „verrechnet“ sich bspw. das „renommierte“ „wissenschaftliche“ Helmholtz-Zentrum München um diverse Kilogramm (!) Plutonium) und Morsleben - gegen unsere Umwelt und die Menschen für kurzfristige Profitinteressen durchgesetzt.

Wir Kritische jedenfalls unterstützen den Widerstand im Wendland gegen die weitere Erkundung des Schachtes (auch noch nach Bergrecht (!) = eine weitere Rechtsbeugung durch die Bundesregierung und ihre Parlamentsmehrheit) und gegen die anrollenden CASTOREN in ein sog. Zwischenlager, dass letztlich zum Endlager gemacht werden wird:

- Es müssen mehrere alternative Endlager (auch in Süddeutschland) erforscht werden
- und es müssen erst alle Atomkraftwerke abgestellt sein, bevor wir AtomkraftgegnerInnen uns ernsthaft Gedanken machen, wo dieser Müll gelagert wird.
- Und die PolizeibeamtInnen auf allen Hierarchiestufen sollten sich endlich wieder bedingungslos an Recht und Gesetz orientieren.

Die Industrie und die Politik sind in der Pflicht. Seit nun über 50 Jahren. Was für eine Zumutung. Was für ein Armutszeugnis und Elend.

Mit der Bitte um Veröffentlichung

und freundlichen Grüßen

Thomas Wüppesahl, für den Bundesvorstand

(Bei elektronischem Versand ohne Unterschrift)